

In Kürze

DRITTE SÄULE

Kein Konsens zu Steuerfreibeträgen

Im Parlament ist umstritten, ob die maximalen Steuerfreibeträge für Einzahlungen in die dritte Säule erhöht werden sollen. Der Nationalrat hatte eine entsprechende Motion angenommen. Die Wirtschaftskommission des Ständerates beantragt ihrem Rat nun mit knapper Mehrheit, den Vorstoss abzulehnen. *sda*

UNTERNEHMENSSTEUER

Einigung zwischen EU und Schweiz

Die Schweiz und die EU haben den Streit um die Unternehmensbesteuerung beigelegt. Die Delegationsleiter der Schweiz und der EU zeigten sich vor den Medien in Bern erfreut über die Einigung. Die Schweiz zeigt sich



Die EU und die Schweiz: Der Steuerstreit ist vorläufig beigelegt. Keystone

in der Erklärung einverstanden damit, die kritisierten Steuerregimes abzuschaffen. Die EU verspricht ihrerseits, die bestehenden Gegenmassnahmen aufzuheben. Allerdings behalten sich die EU-Staaten vor, neue Sanktionen gegen die Schweiz zu ergreifen, falls diese neue, in ihren Augen schädliche Steuerregimes einführt. *sda*

PARLAMENT

Seilziehen zu den Fanzügen

Die Fanzüge spalten die eidgenössischen Räte. Die Verkehrskommission des Nationalrats will nach wie vor nicht, dass Transportunternehmen Sportfans dazu verpflichten können, mit speziellen Zügen oder Bussen zu reisen. Der Nationalrat hatte bei der ersten Beratung beschlossen, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen. Der Ständerat möchte über die Details zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes beraten. Er sprach sich deutlich gegen die Rückweisung aus. Nun ist wieder der Nationalrat am Zug. *sda*

FREIHANDEL

Abkommen mit China ist in Kraft

Mit einem Festakt im Basler Rheinhafen Kleinhüningen haben gestern Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Vertreter Chinas und zahlreiche Gäste das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und China gefeiert. Die Schweiz ist nach Island das zweite Land in Europa, das mit China eine derartige Marktöffnung vereinbart hat. *sda*

KINDERZULAGEN

Kein Gehör für steuerfreie Zulagen

Die Wirtschaftskommission des Ständerates empfiehlt die CVP-Initiative für steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen zur Ablehnung. Eine Steuerbefreiung wäre zu wenig zielgerichtet und würde vor allem wohlhabende Haushalte entlasten. Auch auf einen Gegenvorschlag will sie verzichten. *sda*

Neuer Anlauf fürs Handy-Portemonnaie

ZAHLUNGSVERKEHR Swisscom, Orange und Sunrise starten einen neuen Versuch, der das Bezahlen mit dem Smartphone massentauglich machen soll. Dieses Mal tun sie es gemeinsam und in Zusammenarbeit mit Partnern. Allerdings können nicht alle Kunden das gestern lancierte Handy-Portemonnaie nutzen.

Seit dem 1. Juli können die Mobilfunkkunden von Swisscom eine weitere Art des Bezahls nutzen: Anstatt im Laden das Portemonnaie zu zücken, können sie ihr Smartphone an den Kreditkartenterminal bei der Kasse halten. So löst der Nutzer die sekundenschnelle Zahlung aus. Die Abrechnung erfolgt über den monatlichen Kreditkartenausgang. Nur wenn der Kaufbetrag über 40 Franken liegt, muss der Kunde zusätzlich eine Code eingeben.

Möglich macht dies Tapit (vom Englischen tap it, tippe es an), ein von der Swisscom entwickeltes, offenes System. Die drei grossen Schweizer Mobilfunkanbieter vermarkten Tapit gemeinsam und machen es allen interessierten Firmen zugänglich. Sunrise und Orange werden die Technologie ihren Kunden allerdings erst gegen Ende Jahr zur Verfügung stellen.

Swisscom-Chef Urs Schaeppi bezeichnete gestern in Zürich Tapit als «Innovationsprojekt». Er geht davon aus, dass das Handyportemonnaie in drei bis vier Jahren in der Schweiz massentauglich ist. Die Zeit für die Lancierung sei deshalb reif, so Schaeppi: Das Smartphone sei längst zum Alleskönner geworden. «Warum soll es also nicht auch zum Geldbeutel taugen?»

Orange-Chef Johan Andsjö und Sunrise-Chef Libor Voncina betonten, dass bei Tapit der Kunde im Vordergrund stehe. Das habe beide Anbieter überzeugt, mit dem Erzkonkurrenten Swisscom zusammenzuarbeiten.

Das Interesse an Tapit ist vorhanden: Die Bezahlfunktion unterstützt zunächst Visa-Kreditkarten der Cornèr-Bank AG. Die Kartenherausgeberin Aduno/Viseca mit ihren Mastercard-Karten will im August aufspringen. Die UBS testet derzeit Tapit mit Visa- und Mastercard-Produkten. In der Schweiz kann in 50 000 Läden mit Tapit bezahlt werden. Dazu gehören auch Geschäfte von Migros und Coop und die Kioske von Valora.

Nicht gefallen ist der Name der SBB. «Unser Ziel ist es, auch



Den Kaffee mit dem Smartphone bezahlen: Die gemeinsame Plattform «Tapit» von Swisscom, Sunrise und Orange macht es möglich. zvg

Bahntickets mit Tapit anzubieten», sagte Schaeppi vielversprechend. Weil die SBB aber an einem eigenen Projekt arbeiteten, habe sich die Swisscom mit den Bundesbahnen darauf geeinigt, eine Zusammenarbeit bis auf weiteres offenzulassen.

In einem nächsten Schritt sollen die Funktionen von Tapit erweitert werden: Das Smartphone kann auch zur Zugangskarte für Gebäude oder zur Sammelkarte für Treuepunkte werden. Coop hat angekündigt, im kommenden Jahr ihre Supercard Tapit-tauglich zu machen.

Wer das Handyportemonnaie nutzen will, muss die SIM-Karte wechseln und die entsprechende kostenlose Tapit-Anwendung auf sein Smartphone laden. In der App muss der Nutzer die Kreditkartenfunktion aktivieren.

Mit dem iPhone gehts nicht

Doch die Dienstleistung steht nicht allen Mobilfunknutzern offen: Um kontaktlos bezahlen zu können, braucht es Mobiltelefone mit speziellen Chips. Diese funktionieren aber nur mit dem Android-Betriebssystem, das etwa Geräte von Samsung, Sony und HTC nutzen. Tapit benachteiligt also Nutzer der populären Apple-Produkte. «Wir arbeiten an einer Lösung fürs iPhone, die

wir bis Ende Jahr vorstellen wollen», sagte Swisscom-Chef Urs Schaeppi.

Für die Kunden von Swisscom, Orange und Sunrise ist Tapit gebührenfrei. Hingegen zahlen die Kartenherausgeber für die Nutzung des Systems anteilig einen jährlichen Beitrag an die Mobilfunkbetreiber.

Was ist mit der Sicherheit?

Wie immer bei neuen Technologien stellt sich die Frage nach der Sicherheit. Theoretisch ist es möglich, dass Unbefugte bei bezahlfähigen Smartphones gewisse Informationen abfragen können – etwa die Nummer der Kreditkarte oder deren Verfallsdatum. «Ausser bei Amazon reichen diese Angaben aber nicht aus, um eine Zahlung auszulösen», sagt Guido Müller, Länderchef Schweiz von Mastercard Europa.

Versuche der Telecombranche und des Detailhandels, in der Schweiz das Bezahlen mit dem Mobiltelefon bei den Konsumenten beliebt zu machen, gibt es seit dem Jahr 2000. Durchsetzen konnte sich das Handy als Zahlungsmittel aber nicht, weil es zu viele einzelne Angebote gab. Tapit ist der erste Anlauf verschiedener Branchen, ein breit abgestütztes System aus einer Hand zu lancieren. *Jon Mettler*

MAESTROKARTE

Die Post beugt sich dem Druck

Wer nicht Kunde von Postfinance ist, seine Briefmarken auf der Post aber trotzdem bargeldlos bezahlen möchte, kennt das Problem: **Fehlanzeige – die Post akzeptiert bisher die Debitkarten der Konkurrenz nicht, sondern nur die hauseigene Postcard.**

Dieses Ärgernis findet nun mitelfristig ein Ende: Bis Ende 2016 kann man an allen Postschaltern auch mit den weitverbreiteten Maestrokarten bezahlen. Dies gab die Post gestern bekannt. Sie beugt sich damit dem steigenden Druck. Letztes Jahr trug der Aussenröder FDP-Nationalrat Andrea Caroni den Unmut ins Bundesparlament: Mit einem Vorstoss, den neben ihm 27 Nationalratsmitglieder aller politischen Lager unterzeichnet haben, verlangte er die «freie Wahl des Plastikgeldes bei Postzahlungen». Caroni warf der Post vor, sie missbrauche ihre Monopolstellung.

Zunächst sah es nicht so aus, als werde die Post reagieren. Im Juni 2013 sagte Verwaltungsratspräsident Peter Hasler im «Bund»: **«Wir wollen uns in den eigenen Filialen ja nicht kanni-**

balisieren.» Aber er verstehe, räumte Hasler ein, dass das Ganze für einige Kunden ärgerlich sei. Nun hat die Post nicht mehr nur Verständnis, sondern handelt auch: Gemäss ihrer Mitteilung will sie die Bezahlterminals von rund 1550 Poststellen schrittweise aufrüsten, sodass man künftig überall auch mit Maestrokarten zahlen kann. Dies gilt für die Bezahlung von Postprodukten wie Briefmarken sowie von Drittprodukten. Wer aber am Postschalter Rechnungen bezahlen will, braucht weiterhin eine Postcard, da laut der Post beim Zahlungsverkehr staatliche Vorgaben eine Öffnung verhinderten.

Die Stiftung für Konsumentenschutz nimmt für sich das Verdienst in Anspruch, die Post zur Vernunft gebracht zu haben. Sie hielt gestern in einer Mitteilung fest, 2011 habe sie das Thema in einem Gespräch mit Postvertretern angesprochen. **Ein Kadermitglied der Post habe damals noch lapidar geantwortet: «Das können Sie vergessen.»** Erst als sich im Parlament eine Gesetzesänderung abzuzeichnen begann, habe die Post eingelenkt. *pd/fab*

Abfuhr für Tunnelgebühr am Gotthard

NATIONALRAT Die Verkehrskommission des Nationalrats spricht sich gegen eine Gebühr zur Finanzierung der umstrittenen zweiten Tunnelröhre am Gotthard aus. Laut Bundesamt für Strassen wäre eine solche Maut mit der Verfassung vereinbar.

Der Gotthard-Strassentunnel soll nicht gebührenpflichtig werden. Im Zusammenhang mit der Sanierung und dem Bau einer zweiten Tunnelröhre will die Verkehrskommission des Nationalrats (KVF) die Frage einer Tunnelmaut nicht weiter verfolgen. Dies gab Kommissionspräsidentin Viola Amherd (CVP, VS) gestern vor den Bundeshausmedien bekannt. Der Entscheid fiel mit 17 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Dies sei kein Grundsatzentscheid gegen Strassenbenutzungsgebühren, sagte Amherd. Die Mehrheit habe es aber abgelehnt, nur den Gotthard mit einer Gebühr zu belegen. Die KVF sei

bereit, die Frage in einem grösseren Rahmen zu diskutieren, beispielsweise im Rahmen des Fonds für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehr. Einen konkreten Auftrag habe die Kommission aber nicht erteilt.

Für den Bau der zweiten Röhre hatte sich die Kommission im Grundsatz schon im März ausgesprochen. Der neue Tunnel soll die Alpen transitverbindung während der Sanierung des bestehenden Gotthard-Strassentunnels sicherstellen. Nach der Renovierung, etwa ab dem Jahr 2030, könnten dann beide Röhren betrieben werden, jedoch nur einspurig. Die zweite Spur würde lediglich als Pannestreifen die-

nen. Vor dem endgültigen Entscheid über die Vorlage wollte sich die KVF aber noch vertieft mit einer Tunnelgebühr auseinandersetzen und bestellte beim Bundesamt für Strassen (Astra) einen Bericht zum Thema. Dieser kommt zum Schluss, dass eine Tunnelgebühr mit der Verfassung vereinbar wäre. Dort ist zwar festgehalten, dass die Benützung öffentlicher Strassen gebührenfrei ist. Die Bundesversammlung kann aber Ausnahmen beschliessen.

Problem Ausweichverkehr

Gemäss dem Astra-Bericht machen Freizeitfahrten den Löwenanteil des alpenquerenden Personenwagenverkehrs aus. Weil gerade dabei stark auf die Reisekosten geachtet werde, hätte eine Tunnelgebühr Ausweichverkehr über den Gotthard- und den

Simplonpass oder durch den San Bernardino-Tunnel zur Folge. Um dies zu verhindern, müssten laut Astra an allen Alpenübergängen Gebühren erhoben werden. Dafür wäre aber eine Verfassungsänderung nötig, weil nicht mehr von einer Ausnahme gesprochen werden könnte.

In der Vernehmlassung zum Bau einer zweiten Röhre durch den Gotthard war die Tunnelgebühr ebenfalls durchgefallen. Argumente dagegen waren die Ungleichbehandlung des Kantons Tessin, der Ausweichverkehr, die Konkurrenz zur LSA oder die Kosten für die Erhebung einer Maut. Im Ständerat, der sich in der Frühjahrsession mit dem Gotthard auseinandergesetzt hatte, war das Thema aber wieder aufs Tapet gekommen.

Die Fürsprecher einer Tunnelgebühr wollten vor allem sicher-

stellen, dass trotz der auf 2,8 Milliarden Franken veranschlagten Kosten für Sanierung und Neubau der zweiten Gotthardröhre genügend Geld für andere Strassenprojekte zur Verfügung steht. Der Zuger FDP-Ständerat Joachim Eder wies in der Debatte auch darauf hin, dass die Maut ein Trumpf in den anstehenden Verhandlungen mit der EU sein könnte.

Thema in der Herbstsession

Die kleine Kammer lehnte die Tunnelgebühr zwar ab. Verkehrsministerin Doris Leuthard hatte sich aber bereit erklärt, die Frage im Zweitrat vertieft zu prüfen. Aufgrund von Minderheitsanträgen und auf der Basis des Berichts zur Tunnelgebühr wird der Nationalrat voraussichtlich in der Herbstsession Gelegenheit dazu haben. *sda/phh*